



### Klaus auf Einladung der Freiheitlichen in der Cusanus-Akademie

BOZEN/BRIXEN. Auf Einladung der Südtiroler Freiheitlichen wird Tschechiens ehemaliger Präsident Vaclav Klaus am morgigen Freitag in der Cusanus-Akademie sprechen. Thema des Abends: „Europa der

Regionen oder EU-Zentralismus?“. Klaus ist einer der erfahrensten Staatsmänner in Europa und ein unbeirrbarer Verfechter von Freiheit und Marktwirtschaft. Der Vortrag beginnt um 20 Uhr, der Eintritt ist frei.

### Wirtschaftsexperte, Dissident und Staatsmann

PRAG. Der Wirtschaftsexperte Vaclav Klaus (73) gilt als einer der Architekten bei der Einführung der freien Marktwirtschaft in Tschechien. Als Dissident war er zunächst Mitstreiter von Vaclav Havel bei der Wende von 1989. Von 1992 bis 1998 war er Ministerpräsident, von 2003 bis 2013 Staatspräsident.

# Kooperation braucht keine Regierung

INTERVIEW: Tschechiens ehemaliger Präsident über die EU oder die Ukraine-Krise – Heterogenität Europas braucht mehrere Währungen, nicht eine gemeinsame

VON MORITZ WINDEGGER

**BOZEN/PRAG.** Als Premier und Präsident Tschechiens gehörte Vaclav Klaus zu den profiliertesten Staatsmännern Europas, der auch bei heiklen Themen kein Blatt vor den Mund nimmt. Den „Dolomiten“ erklärt er seine EU-kritische Haltung.



„Dolomiten“: Sie galten als Präsident als Kritiker der Europäischen Integration und sprachen oft von „Überregulierung“ durch die Gemeinschaft. Wollen Sie mehr Nationalstaaten?

Vaclav Klaus: Ich spreche nicht nur über die Überregulierung in der EU, ich kritisiere das ganze Konzept, das ganze Schema der heutigen europäischen Integration. Das ist etwas anderes. Zu der zweiten Hälfte Ihrer Frage, ja, ich will mehr von Staaten, weniger von Brüssel, mehr von heute existierenden europäischen Staaten wie Italien, Spanien oder der Tschechischen Republik. Das Wort „Nationalstaaten“ ist unnötig und irreführend.

„Ich bin für ein freundliches und freundschaftliches Zusammenleben der europäischen Staaten und der europäischen Völker.“

Vaclav Klaus

„D“: Sie haben sich gegen den Abschluss des Vertrages von Lissabon gewehrt: Ist die EU ohne Neuordnung ihrer Strukturen überhaupt regierbar?

Klaus: Ich bin für ein freundliches und freundschaftliches Zusammenleben der europäischen Staaten und der europäischen Völker und für ihre positive und produktive Kooperation. Solche Kooperation braucht keine Regierung, sie braucht nur einen „Apparat“. Die Europäische Kommission regiert heute leider, was nicht nötig und nicht demokratisch ist. Dieses Regieren brauchen wir nicht. Das braucht unser Kontinent nicht. Die Regierungen in einzelnen Staaten

sind mehr als genügend.

„D“: Auch dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und der Gemeinschaftswährung können Sie wenig abgewinnen: Warum geht es Tschechien und seiner Wirtschaft besser, wenn sie bei der Krone bleiben?

Klaus: Eine Sache ist es, wie gut oder schlecht die Tschechische Republik funktioniert. Damit bin ich nicht zufrieden. Die andere Sache ist der positive oder negative Beitrag der gemeinsamen Währung



Vaclav Klaus war von 2003 bis 2013 Präsident der Tschechischen Republik. epa

zu dem Funktionieren der europäischen Wirtschaft. In dieser Hinsicht bin ich skeptisch. Als ein Volkswirt, nicht als ein Politiker, bin ich der Meinung, dass die gemeinsame europäische Währung ein falsches und unnütziges Projekt war.

„In Südtirol spricht man noch heute mehr über Rom als über Brüssel, was falsch ist.“

Vaclav Klaus

Es hat niemandem in Europa geholfen. Viele von uns wussten, dass die Heterogenität Europas

mehrere Währungen braucht, nicht nur eine gemeinsame Währung. Es war und ist klar, „one size does not fit all“ (eine Einheitsgröße passt nicht allen, *Anm.*). Das verstehen viele Europäer heute schon ganz gut. Hoffentlich auch die Italiener.

„D“: Die meisten Parteien sprechen von „mehr europäischer Integration“: Warum ist es für Sie überhaupt wichtig, am Wahlkampf für ein gemeinsames Parlament teilzunehmen?

Klaus: Ich bin in dem Wahlkampf nicht aktiv tätig. In der letzten Zeit habe ich „nur“ ein paar Reden und Vorlesungen in

verschiedenen Ländern gemacht. Auch hier, in Brixen, werde ich nur über die Situation in Europa reden, ich kenne keinen Namen von Kandidaten. Ich bemühe mich um nichts anderes als darum, die Menschen zu mobilisieren: Sie verstehen leider noch nicht, wie wichtig die EU-Veranstaltung ist. Ihr Leben ist von Brüssel mehr beeinflusst, als sie denken. In Südtirol spricht man noch heute mehr über Rom als über Brüssel, was falsch ist. „Mehr europäische Integration“ ist als Slogan

ganz ungenügend. Was bedeutet „mehr Integration“? Mehr Liberalisierung, mehr

der De-Demokratisierung Europas, die wir erleben, halte ich aber für einen wichtigeren Punkt als die ökonomische Stagnation.

„Es ist ganz klar, dass in der Ukraine keine authentische, spontane Revolution stattgefunden hat. Die dortige ‚Revolution‘ wurde vom Ausland hingebacht – aber leider vom Westen, nicht vom Osten.“

Vaclav Klaus

„D“: Einerseits achten Sie auf die Pflege der transatlantischen Beziehungen, andererseits haben Sie in der Ukraine-Krise Wladimir Putin ausdrücklich in Schutz genommen: Was hat der Westen falsch gemacht?

Klaus: Ich habe Wladimir Putin im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine nicht in Schutz genommen. Ich habe etwas anderes in Schutz genommen: die Wahrheit und die elementare Rationalität unseres Denkens. In den letzten Monaten sind wir die Opfer einer außerordentlichen Manipulation. Was wir jetzt erleben, habe ich schon 25 Jahre nicht mehr gesehen: das letzte Mal in der Ära des Kommunismus. Es ist ganz klar, dass in der Ukraine keine authentische, spontane Revolution stattgefunden hat. Die dortige „Revolution“ wurde vom Ausland hingebacht – aber leider vom Westen, nicht vom Osten. Die Ukraine ist heute nur ein „Instrument“ in einem gefährlichen Versuch, die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland zu destabilisieren. Damit kann ich nicht einverstanden sein. Und das sage ich als jemand der mehr als 40 Jahre im Kommunismus – als ein starker Kritiker – gelebt hat.

„D“: Welche osteuropäischen Länder sollen Ihrer Meinung nach irgendwann noch in die EU aufgenommen werden?

Klaus: Wir Tschechen haben relativ lange auf die EU-Mitgliedschaft gewartet. Jetzt sind wir da. Deshalb habe ich keine Ambitionen, neue Mitgliedstaaten „kadematisch“ zu überprüfen“. Wir als „EU-Junior-members“ sind für eine weitere Erweiterung der EU. Je mehr, desto besser.

„D“: In Südtirol sprechen Sie am Freitag auf Einladung der

Freiheitlichen, die mit der italienischen Lega Nord verbündet sind: Worin unterscheidet sich Ihre Fraktion „Europäische Konservative und Reformisten“ (EKR) eigentlich noch von jener von „Europa der Freiheit und der Demokratie“ (EFD) um die italienische Lega Nord oder die britische UKIP?

Klaus: Ich habe keine Fraktion. Die Partei, die ich gegründet und elf Jahre lang geleitet habe, ist heute in der Fraktion EKR, aber ich bin in dieser Zeit schon relativ weit von dieser Partei entfernt. Im Prinzip bin ich gegen die Idee des europäischen Parlaments, das heißt, auch gegen die Europawahlen. Aber z. B. die britische UKIP oder die Alternative für Deutschland (AfD) schätze ich sehr hoch ein.

„Mit der Vergangenheit sollten wir auch nicht die heutigen politischen Karten spielen. Das sollte man nicht machen, und das verstehen die Südtiroler bestimmt sehr gut.“

Vaclav Klaus über die sogenannten Beneš-Dekrete

„D“: Wir Südtiroler achten auf die Situation anderer Minderheiten: Warum ist es für Tschechien so schwer, die sogenannten Beneš-Dekrete nicht einfach zu überwinden?

Klaus: Was meinen Sie mit dem Wort „überwinden“? Die sogenannten Beneš-Dekrete sind ein Teil unseres Rechtssystems. Sie sind auch ein Teil unserer Geschichte. Das alles ist aber schon die Vergangenheit, und die Vergangenheit kann man nicht ändern. Mit der Vergangenheit sollten wir auch nicht die heutigen politischen Karten spielen. Das sollte man nicht machen, und das verstehen die Südtiroler bestimmt sehr gut.

„D“: Ist eine Minderheit wie die Sudetendeutschen nicht ein Mehrwert für Ihr Land?

Klaus: Für mich ist es schwierig, das Wort „Sudetendeutsche“ zu gebrauchen. Heute kann ich auch nicht über die Sudetendeutschen in meinem Land sprechen. Sie sind nicht da, diese Minderheit existiert bei uns nicht. Sie wurden zu Opfern Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus: Diese Leute haben diese Minderheit aus unserem Gebiet beseitigt. Das haben wir nicht gemacht. © Alle Rechte vorbehalten

## EU-WAHLEN

(TEIL 3 VON 4)

## Europa-Ideen zwischen Staatsform und Lebensart

Die Europäische Union ist ein politisches System ganz eigener Prägung, das sich dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet: Politik soll immer dort entschieden und gestaltet werden, wo es am besten gelingen mag. In einem solchen Mehr-Ebenen-System befinden sich die europäischen, nationalen und regionalen Kompetenzen nicht in Konkurrenz, sie ergänzen sich vielmehr und unterstützen einander jeweils.

Hinter diesem komplexen, aber immer mehr auch alltäglich präsenten, und sich bereits weit entwickelten europäischen Integrationsprozess konkurrieren zwei prinzipielle Theorien: die

zwischenstaatliche und die föderale.

### Zwei prinzipielle Theorien

Mit der zwischenstaatlichen Theorie favorisiert man einen Staatenbund, dessen Mitgliedsstaaten immer mehr zur Zusammenarbeit finden sollen, in dem aber die politischen Entscheidungen letztendlich den Mitgliedsstaaten obliegen.

Die föderale Theorie hält einen Bundesstaat im Blick, in dem die Nationalstaaten ihre Souveränität immer mehr abgeben und aufgeben.

Gegenwärtig aber greift je

nach Politikfeld die eine oder die andere Theorie, und genauso darf das europäische Parlament nur, je nach Politikfeld, mehr oder weniger mitentscheiden. Die sogenannte harte Politik, die Außenpolitik, bestimmen die jeweiligen Nationalstaaten vorwiegend alleine. Auch die Rettungsschirme werden im nationalstaatlich besetzten europäischen Ministerrat beschlossen, wodurch zum Beispiel die Griechenlandhilfe nur durch die jeweiligen nationalen Parlamente, nicht aber durch das genuin europäische Parlament legitimiert ist.

Dieser Gegensatz spiegelt sich



von Georg Mischi\*

genauso in den akademischen Diskursen und in intellektuellen Kreisen wider.

Gegenüber einem mehr zwischenstaatlichen und betont wirtschaftlichen Europa der Engländer steht die deutsche Vorstellung von einem föderalen und politischen Europa. In der aktuellen Eurokrise ist das eine

Europa womöglich zu schwach, um der Krise Herr zu werden. Das andere Europa aber ist, weil es zu stark wäre, gegenwärtig weder mehrheitsfähig noch vorstellbar.

Würde man aber so weiterdenken, bliebe man weiterhin verstrickt in einem alten nationalen Paradigma, denn am Ende hätten wir entweder die alten europäischen Nationalstaaten oder nur einen neuen europäischen Nationalstaat: die EU. Mehr noch. Man würde abgrenzen. Man würde unterscheiden, zwischen dem, was zu Europa gehört und dem, was nicht mehr dazu gehört. Eine solche Abste-

ckung bzw. eine territoriale Grenzziehung aber gelingt nicht einmal gedanklich und in keinem wissenschaftlichen Seminar.

Was aber ist Europa dann? Kein neuer Staat, aber ein politisches Angebot an die Welt, ein Lebensgefühl, ein Traum, ein privilegierter Lebensraum einfach, in dem Menschen sich privat und beruflich frei bewegen wollen und können.

\* Georg Mischi, Lehrer für Geschichte/Philosophie in Bruneck, ist derzeit Lehrbeauftragter für Politische Bildung an der Universität Passau. © Alle Rechte vorbehalten